

dann doch noch vor Gründung der neuen Saarbergwerke AG, wobei aber verschiedene Forderungen der Arbeitnehmer vorher zugesagt werden mußten.¹³³

Das Beispiel zeigt, wie aus dem Aufeinandertreffen von in der Regionalstruktur begründeten Faktoren (hohe Bedeutung des Bergbaus auf dem Arbeitsmarkt, starke Betroffenheit in der Bevölkerung durch betriebliche Maßnahmen) und historisch begründeten (verzögerte Schließung eines Standortes bzw. sogar neue, letztlich ebenso unrentable Investitionen in einen Grubenstandort durch die spezifischen Kriegs- und Wiederaufbauanforderungen) eine Problemlage entstand, die durch die im Sonderregime der Übergangszeit vorgesehenen Instrumente nicht lösbar war. Zwar konnte durch Schlichtung der Landesregierung der Konflikt entschärft und einer Lösung zugeführt werden; die durch diese Art der Konfliktbewältigung entstehenden materiellen wie immateriellen Kosten waren jedoch wahrscheinlich sehr viel höher als unter „normalen“ Bedingungen.¹³⁴ Denn schließlich stellt das gewählte Verfahren zumindest einen teilweisen Verzicht einer Unternehmensleitung auf autonomes Handeln in strategisch bedeutsamen Fragen der Betriebsführung dar, genauso, wie die Arbeitnehmervertretung ihre Möglichkeiten in der Interessenvertretung ihrer Mitglieder mehr oder weniger freiwillig beschränkte. Zudem bedeutete die Einschaltung der Landesregierung faktisch die Verlagerung einer Sachentscheidung auf eine in unternehmenspolitischer Hinsicht unangemessene Entscheidungsebene, die zu umfangreichen Kompensationsleistungen für eine allgemein als notwendig und alternativlos erachtete betriebliche Entscheidung führte.

2.3.2 *Der Weg in die wirtschaftliche und politische Stagnation*

Mit dem lang erwarteten Tag X, also der Einführung der deutschen Währung¹³⁵ und dem Ende der eigentlichen Übergangszeit, waren zunächst eine Reihe von Friktionen

¹³³ Es wurde ein kostenloser Transport zur Arbeitsstätte für die auf andere Gruben zu verlegenden Bergleute eingerichtet, die Beibehaltung der gewohnten Arbeitsgruppen wurde zugesagt und auf die Versetzung von Bergleuten, die einen ungünstigen Arbeitsweg haben würden, wurde verzichtet. Schließlich wurde der Bestand der Betriebskapelle garantiert. LASB StK 1715, Kabinettsprotokoll v. 5.2.57.

¹³⁴ Übrigens beugte sich der Saar-Landtag, und hier v.a. die Fraktion der SPD, dieser Konfliktlösungsstrategie. Dies läßt sich deutlich daran erkennen, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion auf die Diskussion einer von ihr eingebrachten Großen Anfrage im Parlament verzichtete, nachdem der Wirtschaftsminister auf die Behandlung dieses Themas im Kabinett hingewiesen hatte, siehe: LTDS, 3. WP, Abt. I, 10. Sitzung v. 29.2.56, S. 264. Bereits Anfang 1956 war die KP mit einem Antrag gescheitert, der die Schließung der Anlage hätte verbieten sollen, vgl. LTDS, 3. WP, Abt. I, 10. Sitzung v. 17.1.56, S. 67f.

¹³⁵ Interessanterweise fand die Ausdehnung des Währungsgebiets der DM bislang in den Handbüchern und Überblicksdarstellungen zur deutschen Geldgeschichte praktisch keine Berücksichtigung, vgl. z.B. Bernd Sprenger, *Das Geld der Deutschen. Geldgeschichte Deutschlands von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2. Aufl. Paderborn 1995, Hans Roeser u. Wolfram Weimer, *Die D-Mark. Eine deutsche Wirtschaftsgeschichte*, Frankfurt a.M. 1996. Selbst in der halbamtlichen Darstellung der Geschichte der DM durch die Bundesbank wird dieses Thema abseits von technischen Details nicht erwähnt, Deutsche Bundesbank (Hg), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt a.M. 1976, und auch das Mitglied des Direktoriums der Bundesbank und spätere Vizepräsident Otmar Emminger würdigt diese Frage in seiner Aufsatzsammlung keines Wortes, Oskar Emminger, *Währungspolitik im Wandel der Zeit*, Frankfurt a.M. 1966.